

Stiftung zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlenrevier

20-jähriges Stiftungsjubiläum und Archäologie-Preisverleihung an Herrn Dr. Carsten Mischka am 17. Mai 2010, um 17.00 Uhr, in der Abtei Brauweiler

Festrede Professor Dr. Horn zum 20-jährigen Bestehen der Stiftung zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlenrevier am 17.5.2010, um 17.00 Uhr, in der Abtei Brauweiler

Herr Minister Lienenkämper,
Herr Landesdirektor Voigtsberger,
Herr Dr. Lamberts,
Herr Dr. Otten,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

von einem Festredner wird in der Regel erwartet,

- 1.) dass seine Rede länger dauert als die Grußworte bzw. Danksagungen davor oder danach,
- 2.) dass er sich ein - auf den Anlass bezogenes - Thema mit Aktualität, Anspruch und „Tiefgang“ gewählt hat, kluge Gedanken vorträgt, große Bögen schlägt, überraschende Perspektiven formuliert und vielleicht in aller Offenheit etwas sagt, was schon längst einmal hätte gesagt werden sollen, ja müssen (- ohne dabei gleich die Festgesellschaft „aufzumischen“, versteht sich),
- 3.) dass er das, was und worüber er redet, aus einer gewissen Distanz heraus tut und dabei nicht den Eindruck erweckt, allzu ich-bezogen und gleichsam „Marktschreier“ in eigener Sache zu sein.

Das Erste vermag ich zu erfüllen: Ich werde ein paar Minuten länger sprechen als meine Vor- und sicherlich auch Nachredner.

Dem Zweiten ist schon schwieriger nachzukommen. Natürlich könnte man anlässlich dessen, was es heute zu feiern gilt, sprechen

- über die Bedeutung der Archäologie und Bodendenkmalpflege für die Bewahrung der historischen Kulturlandschaft und ihrer zahlreichen charakterisierenden bzw. identitätsstiftenden Elemente, insbesondere an Orten und in Regionen, die es bereits morgen so nicht mehr geben wird,
- über ihren Beitrag zur Erhaltung bzw. Schaffung von Aufenthalts- und Lebensqualität in Stadt und Land oder
- über Prioritätensetzungen in der Gestaltung von Gegenwart und Zukunft und die sowohl gesamtstaatliche als auch gesellschaftliche Verantwortung für den Schutz bzw. die Pflege des kulturellen, auch und gerade des archäologischen Erbes,

um nur Beispielhaftes anzureißen.

Ich bin aber gebeten worden, des heutigen Anlasses wegen – quasi in Ermangelung einer nachlesbaren Geschichte - einmal auf die Geburt bzw. die „Kindertage“ der Archäologie-Stiftung und damit natürlich auch ein wenig auf die Zeit davor zurückzublicken. Dies lässt tiefgründiges Analysieren und Philosophieren nicht zu, eher wird man bei einer solchen Vorgabe über Situationen, Konstellationen, Ereignisse, Gespräche und Geschichten berichten können. Das wird auch so kommen, meine Damen und Herren.

Und zum Dritten: Da ich selbst seinerzeit einer der Akteure – etliche andere sehe ich heute hier im Saale -, und später dann über etwas mehr als 15 Jahre im Vorstand der Archäologie-Stiftung tätig war, wird sich im Folgenden sicherlich auch nicht die gerade einem Chronisten sonst abzuverlangende Zurückhaltung und Objektivität bei dem, was ich vortrage, einstellen. Dafür bitte ich schon jetzt um Nachsicht und Verständnis.

Der Rückblick führt uns, meine Damen und Herren, zurück in eine Zeit der heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen um die Ausstattung und die Finanzierung der Archäologie und Bodendenkmalpflege im Rheinischen Braunkohlenrevier.

Im Vorfeld der Genehmigung und des Aufschlusses des Tagebaus Hambach Ende der 1970er Jahre stritten sich die damalige Rheinbraun AG auf der einen und das Rheinische Landesmuseum/Amt für Bodendenkmalpflege Bonn (ich verzichte heute zur Feier des Tages einmal auf meine gewohnte Anmerkung zu dieser alten, über viele Jahrzehnte bewährten Bündelung von Kompetenzen) unterstützt vom Landtag NRW - und hier insbesondere in Person von Herrn Dr. Gerritz, dem Kulturpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, mit seinem

ständigen „Ceterum censeo“ - auf der anderen Seite darum, wer die Kosten der im Zuge der Braunkohlegewinnung erforderlichen archäologischen Untersuchungen zu tragen habe.

Die einen meinten, sie zählten wie etwa die Umsiedlungs- oder die Kosten für die erforderlichen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen zu den Aufschluss- bzw. Betriebskosten eines Tagebaus – gingen also zu Lasten des Unternehmens; die anderen sahen in der wissenschaftlichen Untersuchung und Bergung der von den Baggern bedrohten archäologischen Funde und Befunde ein vorrangig öffentliches Interesse und damit das Land bzw. den Landschaftsverband Rheinland in der Pflicht. Dabei klangen manche Äußerungen aus dem Unternehmen ganz so, als werde die Braunkohle nur deshalb abgebaut, um den Archäologen optimale Arbeits- und Forschungsbedingungen zu schaffen.

Die gegensätzlichen Standpunkte schienen damals unvereinbar, dementsprechend fruchtlos waren auch nach Inkrafttreten des Denkmalschutzgesetzes NW im Jahre 1980 noch alle Diskussionen. Meine in diesem Zusammenhang etwas frustrierenden Gespräche mit dem seinerzeitigen Vorstandsvorsitzenden der Rheinbraun AG, Herrn Dr. Leuschner, sind mir noch nachhaltig in Erinnerung: Die Gastfreundschaft war groß, in der Sache blieb er aber hart. Das Unternehmen zeigte sich dann auch über viele Jahre in jeder Hinsicht „zugeknöpft“.

Das änderte sich 1987 mit meinem Wechsel vom Rheinischen Landesmuseum Bonn – inzwischen war das Amt für Bodendenkmalpflege verselbstständigt worden – ins damalige Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung nach Düsseldorf. Damit wurde das Thema nicht nur in das für die Archäologie und Bodendenkmalpflege zuständige Ministerium und die Oberste Denkmalbehörde implantiert. Mit Herrn Dr. Zöpel nahm sich nun auch ein ebenso konflikt-freudiger wie durchsetzungsfähiger und ergebnisorientierter Minister seiner an.

Zwischenzeitlich war zudem auch der Gedanke einer vom Land und der Rheinbraun AG gleichermaßen mit Kapital ausgestatteten Stiftung geboren, die aus ihren Erträgen die archäologisch-bodendenkmalpflegerischen Probleme im Rheinischen Braunkohlenrevier zu lindern helfen sollte.

Wie unterschiedlich die Vorstellungen im Einzelnen aber immer noch waren, zeigte sich im Frühjahr 1988, als wir seitens des Zöpel-Ministeriums in einer Besprechung das notwendige Kapital einer solchen Stiftung mit circa 30 Millionen DM bezifferten und darauf hin die Herren Dr. Justen und Dr. Gerigk mit dem Hinweis, die Rheinbraun AG sei bestenfalls bereit, 2,0 Millionen DM zum Stiftungskapital beizusteuern und das auch nur dann, wenn alles unter

dem Dach der NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege firmiere, den Raum verließen.

Gleichwohl gab es weiterhin Kontakte und Debatten: Dabei denke ich vor allem an die gemeinsame Sitzung der Kulturausschüsse des Landtags NRW und der Landschaftsversammlung Rheinland Ende 1988 hier in Brauweiler, die nach einem – ich will es einmal so formulieren – „offenen Schlagabtausch“ mit dem Auszug der Vertreter der Rheinbraun AG seinerzeit mit Herrn Dr. Gödecke an der Spitze endete.

Dieser „Exodus“, der seinerzeit eher ratlose und verärgerte Politiker zurückließ, setzte die Beteiligten - insbesondere die Arbeitsebene - unter großen Zug- und Erfolgszwang. Nach weiteren Gesprächen, in denen zunächst einmal ein jeder „seine Wunden leckte“, kam es unversehens zu einer Einigung: In gemeinsamer Verantwortung für die Archäologie und Bodendenkmalpflege im Rheinischen Braunkohlenrevier eine Stiftung zu gründen und sie mit einem Kapital von 10,15 Millionen DM (Land NRW: 5,0 Millionen DM, Rheinbraun AG: 5,15 Millionen DM – die 150.000 DM mehr ergaben sich aus dem Verkauf des Hofes an der Ehrenstraße in Titz-Höllen – dem heutigen Sitz der Außenstelle des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege – an den Landschaftsverband Rheinland) und einer Zustiftung des LVR von 1,0 Millionen DM (insgesamt also: 11,15 Millionen DM) auszustatten, war eigentlich von jetzt auf gleich kein Thema mehr.

Stattdessen erreichte das Ringen um die Stiftungssatzung, den Status der Stifter beziehungsweise des Zustifters, die Gremien und deren Besetzung Anfang 1990 seinen Höhepunkt. In einigen Kernfragen waren sich die Verhandlungsführer, die Herren Dr. Justen, Dr. Gerigk und Dr. Milošević (Rheinbraun AG), Landesdirektor Esser und Landesrat Schönfeld (LVR), Dr. Giebeler und ich (Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung NW), schnell einig:

- 1.) die Stiftungsgremien sollten „klein, aber fein“ – damit hochgradig effektiv – und
- 2.) der Verwaltungsaufwand so gering wie möglich sein.

Die Stellung der Stifter im Vorstand wurde durch die Regelung, alle zwei Jahre im Vorsitz zu wechseln, und ein Vetorecht gestärkt, die Zahl der Beiratsmitglieder – laut Satzung zwingend entweder in den archäologischen Wissenschaften oder im Bergbau erfahren – auf maximal acht beschränkt.

Ich blicke nicht ohne Stolz und Glücksgefühle auf eine nächtliche Besprechung in Düsseldorf zurück, in der nach einem überaus kontroversen und zeitweise auch turbulenten Meinungs austausch schließlich die überraschende Bereitschaft von Herrn Esser, als Landesdirektor selbst die Geschäftsführung und damit der Landschaftsverband Rheinland die Geschäftsstelle der Stiftung übernehmen zu wollen, die Lösung des letzten von vielen „Gordischen Knoten“ brachte und mit französischem Cognac aus meinem Bestand begossen wurde.

Und noch etwas war damals wie heute zu feiern: die schriftlichen Versicherungen des Landes NRW, des Landschaftsverbandes Rheinland und der Rheinbraun AG, dass die Gründung der Stiftung nicht dazu dienen solle und werde, ihre bisherigen Leistungen für die Archäologie und Bodendenkmalpflege im rheinischen Braunkohlenrevier zu verringern oder gar aufzukündigen.

Die Unterzeichnung der Stiftungsurkunde durch Herrn Staatssekretär Nerling für das Land NRW und die Herrn Dr. Leuschner beziehungsweise Dr. Justen für die Rheinbraun AG auf Schloss Paffendorf am 20. April 1990 – also vor ein paar Tagen mehr als 20 Jahren – war dann nur noch ein formaler Akt in zugleich würdigem Rahmen.

Ähnlich dramatisch wie der Vorlauf zur Stiftungsgründung gestaltete sich dann auch die Kapitalerhöhung der Stiftung durch das Land NRW und die Rhein-braun AG im Jahre 1995.

Damals war das sogenannte Garzweiler II – Paket im dafür zuständigen Umweltministerium NRW ohne Berücksichtigung der bodendenkmalpflegerischen Belange geschnürt worden. Alles deutete darauf hin, dass damit eine gute Gelegenheit verpasst worden war, die Stiftung mit Hilfe des Unternehmens finanziell weiter zu stärken. Einem entsprechenden Hinweis begegnete seinerzeit Umweltminister Matthiesen mit der Aufforderung, selbst mit dem Unternehmen zu verhandeln und sein Glück zu versuchen; er setzte dafür eine Frist von drei Wochen.

Wieder einmal kam den Akteuren damals eine günstige Personalkonstellation zugute.

Zunächst war es ein wirklicher Glücksfall, mit Herrn Kniola einen Minister zu haben, der nicht nur mit den Archäologen gelegentlich ein Bier trank, sondern sich auch mit der Arbeit der nordrhein-westfälischen Bodendenkmalpflege im Allgemeinen und mit der im Rheinischen Braunkohlenrevier im Besonderen spürbar identifizierte; zudem schätzte er das, was auf

diesem Gebiet in seinem Ministerium – es hieß jetzt Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - gedacht und gemacht wurde.

Ebenso maßgeblich war aber auch Herr Dr. Henning auf der Unternehmensseite – vom Betriebsingenieur im Tagebau Hambach inzwischen zum Vorstandsvorsitzenden der Rheinbraun AG aufgestiegen. Wir kannten uns schon seit langem und hatten bereits an so manchen Abenden vornehmlich in Düren das eine oder andere bodendenkmalpflegerische Problem rund um Hambach auf unsere Weise gelöst.

In den Gesprächen im Frühjahr 1995, die im Umweltministerium besonders wohlwollend und konstruktiv von den Herren Staatssekretären Baedeker und Wittmann begleitet wurden, waren sich die Verhandlungsführer von Land und Unternehmen sehr bald über eine Kapitalerhöhung der Archäologie-Stiftung durch jeweilige Zustiftungen in gleicher Höhe einig. Es überraschte Herrn Dr. Gerigk von der Rheinbraun AG dann aber doch zu erfahren, dass Herr Minister Kniola willens war, dafür aus dem Etat seines Hauses 9,0 Millionen DM bereit zu stellen. Einen solchen Betrag auch seitens des Unternehmens zuzusagen, dazu hatte Herr Dr. Gerigk keine Vollmacht.

Diesmal verließ er aber nicht den Raum, sondern erklärte, in Anbetracht der Sachlage einen neuen Vorstandsbeschluss herbeiführen zu müssen, war man bislang doch von einer weit niedrigeren Summe ausgegangen.

Nach einem Gespräch mit Herrn Dr. Henning, an das ich mich aus verschiedenen Gründen auch heute noch gerne zurückerinnere – unter anderem erläuterte er mir, welche hohen Verluste das Unternehmen in der Nacht zuvor durch Verfall des Dollars weltweit „eingefahren“ und nunmehr zu verkraften hätte -, war dann auch die Rheinbraun AG bereit, dem Land nachzueifern und 9,0 Millionen DM zuzustiften.

Das Verhandlungsergebnis überstand die Landtagswahlen 1995, aber auch personelle Veränderungen und Neugewichtungen innerhalb des Unternehmens. Die vereinbarten Zustiftungen wurden im gegenseitigen Einvernehmen nach dem Grundsatz „pacta sunt servanda“ lediglich gestückelt und zeitlich gestreckt. Damals zeichneten sich im Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport NRW unter Ministerin Brusi erste Haushaltsprobleme ab.

1999 war es dann aber soweit und die Vision aus dem Jahre 1987 wahr geworden: Die Stiftung zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlenrevier verfügte über ein

Stiftungskapital von ca. 30,0 Millionen DM. Heute beträgt es über 17 Millionen €. Damit ist sie unbestritten die größte reine „Archäologie-Stiftung“ in Europa, wenn nicht sogar in der Welt, bisweilen - wie im Lausitzer Revier von der brandenburgischen bzw. sächsischen Bodendenkmalpflege - kopiert, aber noch unerreicht.

Gleichwohl ist sie eher eine der „Stillen im Lande“, von deren segensreichem Wirken in der Öffentlichkeit nach meinem Empfinden allzu wenig Notiz genommen wird. – Dem abzuhelpen, darüber sollte man vielleicht einmal nachdenken...

Blickt man auf die letzten 20 Jahre zurück, dann ist es nicht nur das finanzielle Vermögen, das die Stiftung zur Förderung der Archäologie im Rheinischen Braunkohlenrevier so erfolgreich macht.

Es sind insbesondere die Rahmenbedingungen:

Weder das Land NRW noch der Landschaftsverband Rheinland und auch die RWE Power AG – wie wir uns seit einiger Zeit zu sagen angewöhnen müssen – haben sich dazu verleiten lassen, im Wissen um und im Vertrauen auf die Archäologie-Stiftung in ihren eigenen Anstrengungen nachzulassen, die Archäologie und Bodendenkmalpflege im rheinischen Braunkohlenrevier zu unterstützen und arbeitsfähig zu halten.

Somit ist die Archäologie-Stiftung auch wirklich in der Lage, ihrer Satzung gemäß Zusätzliches zu leisten, etwa dazu beizutragen,

- die archäologischen Methoden zu verbessern,
- die Forschung zu intensivieren,
- die Kooperation mit den Universitäten und damit den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern,
- die Ergebnisse der archäologisch-bodendenkmalpflegerischen Arbeit im Revier durch entsprechende Publikationen oder auch Veranstaltungen im Fach und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und auf diese Weise
- das Ansehen bzw. die Akzeptanz der Archäologie und Bodendenkmalpflege bei den Bürgerinnen und Bürgern hierzulande zu mehren.

Jeweils die berühmten „Sahnehäuptchen“ also. Auf Einzelheiten und Beispiele haben bereits meine Vorredner hingewiesen.

Zu den günstigen Rahmenbedingungen der Archäologie-Stiftung zählt aber auch, dass sich insbesondere der Landschaftsverband Rheinland über die Maßen mit ihr identifiziert und sie

institutionell unterstützt. Die Tatsache, dass der jeweilige Landesdirektor gleichsam von Amts wegen ihr Geschäftsführer ist, verleiht ihr zusätzlich Gewicht; die Unterhaltung der Geschäftsstelle durch den Landschaftsverband Rheinland drückt ihre Verwaltungskosten auf ein kaum mehr wahrnehmbares Niveau und setzt damit Geld für das eigentliche Fördergeschäft frei. Keine Wissenschaftsstiftung in Deutschland arbeitet so effizient, keine setzt von ihren Projekten so wenige „in den Sand“.

Dies liegt natürlich auch an den Stiftungsgremien, insbesondere an Vorstand und Wissenschaftlichem Beirat. Es war richtig, beide möglichst klein und damit effizient zu halten, auf die berühmte „Chemie“ und auf vertrauensvolle Kooperation zu setzen.

Die Zusammensetzung des Vorstandes – je ein maßgeblicher Vertreter des Landes, des Unternehmens und des LVR - ermöglichte es, die Stiftungsprojekte immer wieder in einen größeren Zusammenhang zu stellen und im Interesse der Sache bisweilen auch unkonventionelle Förder- beziehungsweise Finanzierungswege zu gehen. Trotz unterschiedlicher Positionen legte bislang bei Vorstandsentscheidungen keiner der satzungsgemäß dazu Berechtigten ein Veto ein, stets kam es zu Verständigungen. Immer fühlte sich der Vorstand vom Beirat – seit 1990 bis heute von Herrn Prof. Dr. Lünig umsichtig geleitet – überaus kompetent, umfassend und gut beraten. Dies alles wird sicherlich auch künftig so sein.

Herr Minister Lienenkämper nannte die Archäologie-Stiftung ein gelungenes Beispiel für „Private-Public-Partnership“. Dem will ich nicht widersprechen, wohl aber hinzufügen: zugleich auch für eine überaus bemerkenswerte „Win-Win-Situation“:

- Gewinner sind die Archäologie und Bodendenkmalpflege im Rheinland. Ihr eröffnen sich dauerhaft unter vergleichsweise guten bis sehr guten Bedingungen einzigartige Forschungsmöglichkeiten, um die man sie anderswo beneidet. Zugleich entwickelt sich mit Hilfe der Archäologie-Stiftung im Rheinischen Braunkohlenrevier so eine Art „Kaderschmiede“ des wissenschaftlichen Nachwuchses im Fach.
- Gewinner sind in gewissem Maße auch und gerade die Menschen zwischen Köln, Aachen, Erkelenz und Grevenbroich, die in weiten Bereichen den fortschreitenden Braunkohlentagebauen weichen mussten und müssen. Viele Zeugnisse ihrer Geschichte im Boden, die sie mit ihrer Heimat so verbunden sein ließen und lassen, wurden bzw. werden vor dem Zugriff der Bagger und

damit vor der endgültigen Zerstörung bewahrt. Sie bleiben auf diese Weise in ihrer Vergangenheit verwurzelt.

Vor diesem Hintergrund ist es in meinen Augen allerdings mehr als nur bedauerlich, dass die vom Braunkohlentagebau betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden - von Grevenbroich einmal abgesehen, das über lange Zeit hinweg der Archäologie-Stiftung jährlich eine Spende in Höhe von 1.500 DM zukommen ließ - trotz ständiger Bitten (und hier hat sich vor allem Herr Esser in seiner Geschäftsführung geradezu „die Finger wund geschrieben“) auch in Zeiten etwas praller gefüllter Kassen keine Veranlassung sahen, die Arbeit der Archäologie-Stiftung für die Menschen vor Ort auch dadurch anzuerkennen, dass sie sie im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten durch kleinere oder gar größere Zustiftungen unterstützten. Das, was die Archäologen und Bodendenkmalpfleger im Rheinischen Braunkohlenrevier leisten, ist eben nicht allein und ausschließlich eine Angelegenheit von Land, Landschaftsverband und Abbautreibendem.

- Und Gewinner ist schließlich das Unternehmen. Auch wenn die Archäologie-Stiftung keine „Lex Rheinbraun“ bedeutet und die RWE-Power AG bei ihren Aktivitäten nicht von den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes NRW freigestellt, so ist es durch sie doch zu einem partnerschaftlichen Miteinander von Unternehmen und amtlicher Bodendenkmalpflege gekommen, von dem man in den 1970er Jahren und auch noch lange danach nur träumen konnte. Das dient vorrangig dem Unternehmens- beziehungsweise Firmenimage. Schlagzeilen, öffentliche Debatten und Auseinandersetzungen wie damals gehören trotz nach wie vor unterschiedlicher Interessenslagen der Vergangenheit an. Und das ist aus meiner Sicht gut so.

Die Stiftung zur Förderung der Archäologie im Rheinischen Braunkohlenrevier ist eine von ihren Gründern unabhängige Stiftung des privaten Rechts. Sollte ihr Kapital weiterhin sicher bleiben - was wir gegenwärtiger und vermutlich auch zukünftiger Finanzkrisen zum Trotz schon in eigenem Interesse hoffen wollen - und dazu nennenswerte Zinserträge abwerfen können, dann wird sie auch dann noch bestehen und tätig sein, wenn es

- keine Braunkohlenförderung
- kein Land Nordrhein-Westfalen und

- keinen Landschaftsverband Rheinland

mehr geben sollte, weil es dann nach Lage der Dinge immer noch wesentliche Teile ihres Stiftungszwecks, wie etwa die wissenschaftliche Aufarbeitung sogenannter Altgrabungen oder die Nachwuchsförderung in Archäologie und Bodendenkmalpflege, zu erfüllen gilt.

Insofern sind 20 Jahre Stiftungsgeschichte vor der Ewigkeit Gottes kaum der Rede wert, bezogen auf ein Menschenleben jedoch mehr als nur eine Episode.

Mit der Freude, dass sich die Archäologie-Stiftung so prächtig entwickelt hat, verbindet sich mein sehnlicher Wunsch, dass sie auch weiterhin im Stande sein möge, so erfolgreich wie bisher zu wirken. Allen, die sie begleiten, Glück und Segen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.